Namslauer Stadtblatt

Täglich erscheinende Zeitung für Stadt und Kreis Namslau.

Amtlicher Anzeiger für die städtischen Behörden

Bezugs-Preise:
Das „Namslauer Stadtblatt" erscheint wöchentlich sechsmal: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag und kostet in der Geschäftsstelle, sowie in den Verkaufsstellen monatlich 1,50 Goldmark. Postbezüge nur für den Kalendermonat. Offerten- und Auskunftsgebühr 30 Goldpfennig. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher übermittelter Anzeigen wird keine Gewähr geleistet.

59. Jahrgang.

Anzeigen-Preise:
Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Goldpfennig, für Auswärtige 25 Goldpfennig, im Reklameteil (am Schluß des redaktionellen Teils) die einspaltige Petitzeile 75 Goldpfennig. **Schluß der Anzeigenannahme bis 8 Uhr vormittags am Erscheinungstage, für größere Anzeigen jedoch schon tags zuvor bis 10 Uhr vormittags.** — Für Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — **Kleine Anzeigen nur gegen Vorauszahlung.**

Fernsprecher 94.

Druck, Verlag und Expedition: Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Namslau, Andreas-Kirchstraße 18.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Franz Otto, Namslau, für den politischen, lokalen und sonstigen Teil: Hans Tietze, Wilkau.

Nr. 169. | Mittwoch, den 22. Juli. | **1931.**

Vertrauensbasis für die Anleihe.

Die Ankunft in Paris.

Die deutschen Reichsminister trafen um 14.05 Uhr auf dem Pariser Nordbahnhof ein und wurden von den amtlichen französischen Persönlichkeiten empfangen. Etwa eine halbe Stunde vor Ankunft des Nordexpreß trafen Laval, Briand, Francois Poncet und Berthelot sowie der Polizeipräsident Chiappe auf dem polizeilich abgeriegelten Bahnsteig ein, während von der deutschen Botschaft sämtliche Mitglieder mit dem Botschaftsrat Forster an der Spitze erschienen waren.

Auf dem für die Begrüßung freigelassenen Teil des Bahnsteiges waren nur die amtlichen Persönlichkeiten und einige bevorzugte Pressevertreter zugelassen. Als der Zug einlief, verließen Reichskanzler Brüning und Dr. Curtius, begleitet von Botschafter von Hoesch, ihren Wagen, worauf die französischen amtlichen Vertreter ihnen entgegenkamen und sie mit kurzem Händeschütteln und den üblichen Worten begrüßten. Offizielle Ansprachen wurden bei dieser Gelegenheit nicht gehalten. Nach dem Verlassen des Bahnsteigs wurden die Minister dem Kreuzfeuer der Photographen ausgesetzt, während das Publikum fortgesetzt „Vive la France!", „Vive la Paix!" und „Vive Laval!" schrie. Die Herren bestiegen ihre Wagen und fuhren ungesäumt zur deutschen Botschaft bzw. zu den französischen Amtsgebäuden.

Die ersten Höflichkeitsbesuche.

Reichskanzler Brüning hat sogleich nach seiner Ankunft in Paris dem Ministerpräsidenten Laval einen Besuch abgestattet, der bis 16.30 Uhr dauerte. Gleichzeitig suchte der Reichsaußenminister Curtius Briand auf. Um 16.30 Uhr begann im Gebäude des Außenministeriums die erste Zusammenkunft zwischen den deutschen und den französischen Ministern. Die Unterredung wurde um 19 Uhr abgeschlossen, da die französische Regierung noch gesellschaftlichen Pflichten nachzukommen hatte.

Paris, 20. Juli.

Die deutsch-französischen Besprechungen in Paris begannen mit einer einstündigen Unterredung des Reichskanzlers Dr. Brüning mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval. Diese Aussprache fand ausschließlich unter vier Augen statt, selbst ein Dolmetscher wurde nicht hinzugezogen.

Der Unterredung der Regierungschefs folgte dann eine Generalaussprache, zu der auch die Außenminister Curtius und Briand, Staatssekretär Dr. von Bülow, der deutsche Botschafter von Hoesch sowie die französischen Minister Flandin und Pietri, Staatssekretär Poncet und Generalsekretär Berthelot hinzugezogen wurden.

Im Verlaufe dieser Konferenz schilderte Reichskanzler Dr. Brüning, wie Reichsaußenminister Dr. Curtius später der Presse mitteilte, „klar und ehrlich, wie in Chequers, die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands". Ferner wiesen die deutschen Minister auf die Folgen hin, die ein Ausschub aller deutschen Zahlungen für die gesamte Welt haben muß.

Französischerseits beschränkte man sich nach einem Bericht der Havas-Agentur darauf, „von den Heilmitteln Kenntnis zu nehmen, die die gegenwärtige Lage erfordert". Ministerpräsident Laval habe als eine Art Schlußfolgerung darauf hingewiesen, daß alle ins Auge gefaßten Maßnahmen unwirksam sein würden, wenn die politische Atmosphäre nicht geklärt würde. Zu diesem Zwecke müßten sich die beiden Regierungen bemühen, die Organisation der deutsch-französischen Beziehungen zu verbessern. Zum Schluß habe Ministerpräsident Laval seine Ausführungen in den Appell an den Reichskanzler Brüning zusammengefaßt:

„Ihr so erhebender Besuch, der in der Geschichte der Beziehungen unserer beiden Länder einen Marksein bilden wird, darf für Frankreich und Deutschland keine Enttäuschung sein, sondern muß im Gegenteil unseren entschlossenen Willen für eine fortgesetzte Zusammenarbeit bezeugen."

Bis 1 Uhr nachts waren dann die deutschen Minister Gäste des amerikanischen Botschafters in Paris, wobei sie in einer dreistündigen

Aussprache mit Stimson und Schatzsekretär Mellon

Gelegenheit hatten, eine unmittelbare und eindringliche Schilderung der Lage Deutschlands zu geben. Nach dem, was man aus amerikanischen Kreisen hört, hat die Persönlichkeit des Reichskanzlers bei den Amerikanern einen starken Eindruck hinterlassen.

Am Sonntag haben die deutschen Minister einer Friedensmesse beigewohnt, die einmal monatlich in der Notre-Dame-Kathedrale stattfindet.

Die Ministerkonferenz.

Im weiteren Verlauf des Tages besuchte Dr. Curtius den englischen Außenminister und hatte mit ihm eine längere Aussprache, von der die beiden Minister sich direkt zu der großen Konferenz begaben, die unter Teilnahme auch der Vertreter von Amerika, Italien, Belgien und Japan eine Verständigung über die Londoner Konferenz herbeiführen sollte.

Aus einem längeren Communiqué, das der französische Ministerpräsident nach der Konferenz ausgab, geht hervor, daß diese Verständigung gefunden worden und daß damit die Teilnahme Frankreichs an der Londoner Konferenz gesichert sei, obwohl ein Teil der Pariser Presse noch am Sonntag eher einen verstärkten Widerstand gegen London erkennen ließ. Die Einigungsformel lautet dahin, daß die Londoner Konferenz strikt begrenzt sein soll auf die Prüfung der deutschen Finanz- und Wirtschaftskrise.

Wenn in dem Communiqué noch hinzugefügt wird, Ministerpräsident Laval habe zum Schluß dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die nochmalige Unterredung, die die französischen Minister mit den deutschen Ministern haben, den Erfolg der Londoner Konferenz erleichtern möge, so ließ sich bereits daraus deutlich erkennen, daß die politische Seite der ganzen Besprechungen ausschließlich den Pariser Zusammenkünften vorbehalten worden war. Damit haben die Franzosen ihren Standpunkt durchgesetzt und wohl verhindert, daß sich in London eine große politische Aussprache entwickelt, bei der die Amerikaner etwa auch die Abrüstungsfrage aufrollen könnten.

Nach Ansicht Berliner politischer Kreise ist gegen die jetzt festgelegte Zweiteilung in dem Verhandlungsmodus vom deutschen Standpunkt aus nichts einzuwenden. Die entscheidende Frage in diesem Zusammenhang ist freilich, wie weit Frankreich konkrete politische Forderungen stellt. Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß die Anleihe selbst erst in London zustande kommen kann.

Das Communique

des französischen Ministerpräsidenten Laval über die Sieben-Mächte-Konferenz beginnt mit einer Aufzählung der Konferenzteilnehmer und fährt dann fort:

„Ministerpräsident Laval dankte den Ministern und auswärtigen Delegierten, daß sie seinem Aufrufe gefolgt sind, um gemeinsam die Bedingungen festzulegen, unter denen die Londoner Konferenz anheben soll.

Reichskanzler Dr. Brüning erstattete ein kurzes Exposé über den gegenwärtigen Stand der deutschen Wirtschafts- und Finanzkrise und legte die Maßnahmen internationaler Art dar, die wünschenswert erscheinen, um diese Krisis zu lösen. Nacheinander haben hierauf Staatssekretär Stimson, Staatssekretär Henderson, Außenminister Grandi (Italien), der japanische Botschafter und der belgische Außenminister Hymans zum Ausdruck gebracht, wie sehr sie sich dazu beglückwünschten, dieser so wichtigen Vorbesprechung beiwohnen zu können. Sie haben sämtlich die Versicherung abgegeben, daß ihre Regierungen mit größter Sorgfalt und größter Sympathie prüfen würden, was zu tun möglich wäre, um Deutschland, dessen Schwierigkeiten die Stabilität der europäischen Wirtschaft angingen, zu Hilfe zu kommen. Sie haben gleichfalls einmütig ihre Genugtuung und Hoffnung zum Ausdruck gebracht, die ihnen die Anwesenheit der deutschen Minister in Paris und ihre Unterredungen mit den französischen Ministern einflößen.

Auf Ersuchen des Ministerpräsidenten Laval wurde in gemeinsamem Einvernehmen festgelegt, daß die Londoner Konferenz auf die Prüfung der deutschen Finanz- und Wirtschaftskrise strikt begrenzt sein würde.

Ministerpräsident Laval gab zum Schluß dem Wunsche Ausdruck, daß die Unterredung, die die französischen Minister Sonntag nachmittag mit den deutschen Ministern haben, den Erfolg der Londoner Konferenz erleichtern möge."

Im Anschluß an die Unterredung der Vertreter der sieben Mächte gab Ministerpräsident Laval zu Ehren der auswärtigen Staatsmänner ein Frühstück.

„Im Geiste von Chequers"

Curtius unterrichtet die Presse. — Anleiheentscheidung fällt erst in London.

Paris, 20. Juli.

Nach Abschluß der Sieben-Mächte-Konferenz in Paris sprachen Brüning, Henderson und Laval im Rundfunk. Reichskanzler Dr. Brüning gab in seiner Rede der Hoffnung auf eine deutsch-französische Zusammenarbeit Ausdruck; der englische Außenminister erklärte, im Verlaufe der neuen Verhandlungen sei erstmals wieder ein Sonnenstrahl sichtbar gewesen; Laval führte aus, die Konferenz in Paris habe große Hoffnungen geweckt.

Nach der Rundfunk-Veranstaltung reisten dann der englische Außenminister Henderson sowie die amerikanischen Staatssekretäre Stimson und Mellon nach London weiter, während die Vertreter Deutschlands und Frankreichs ihre Sonderbesprechungen wieder aufnahmen. Man kam überein, eine gemeinsame Kundgebung zu veröffentlichen.

Eine Unterbrechung erfuhren die Beratungen dann durch ein Essen, das der französische Außenminister Briand gab. Vor Wiederaufnahme der Verhandlungen empfing Reichsaußenminister Dr. Curtius in nächtlicher Stunde Vertreter der Presse, um sie über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu unterrichten.

Von allen Seiten, so führte Minister Curtius aus, wurde der feste Entschluß zum Ausdruck gebracht, für die Behebung der deutschen Krise und darüber hinaus für die Beseitigung der europäischen alles zu tun, was überhaupt getan werden kann. Sämtliche Beteiligte sind von der tiefen Ueberzeugung beherrscht gewesen, daß durch eine Kraftanstrengung aller beteiligten Nationen der Versuch unternommen werden muß, die europäische und besonders die deutsche Krise zu beheben. Wir sind aber heute nicht dahin gelangt, die einzelnen Maßnahmen festzulegen, die auf der Londoner Konferenz für eine derartige Aktion erörtert werden sollen. Die Beratungen über das, was praktisch geschehen soll, ist auf der Londoner Konferenz übertragen worden.

In Verfolg der Besprechungen und weiter in dem „Chequers-Geiste", wie ich ohne Uebertreibung sagen kann, haben wir uns freundschaftlich und offen über die politische Lage zwischen unseren beiden Ländern zu verständigen versucht. Wir werden heute ein Communiqué herausgeben, in dem aufs deutlichste unterstrichen wird, daß wir eine weitgehende Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich auf neuer Basis in Angriff nehmen. Diesen „Chequers-Erfolg" möchte ich schon jetzt festhalten. Das Entscheidende ist, daß wir uns über die politischen Fragen so ausgesprochen haben, daß man sagen kann, ein neuer Anfang in den deutsch-französischen Beziehungen im „Chequers-Geiste" ist gemacht worden.

Deutsche Tagesschau.

Berliner Börse bleibt bis auf weiteres geschlossen.

Der Berliner Börsenvorstand hat am Sonnabendmittag beschlossen, mit Rücksicht auf die Beschränkungen des Zahlungsver-

kehrs die Eröffnung der Berliner Wertpapier- und Metallbörse vorläufig auszusetzen. Sobald der Zahlungsverkehr es gestattet, wird über die Wiedereröffnung Beschluß gefaßt werden. Die Produktenbörse soll in dem bisherigen beschränkten Umfange tätig bleiben.

Vierzehntägige Gehaltszahlung?

Zu der Meldung, daß geplant sei, die Beamtengehälter vorübergehend vierzehntägig zu zahlen, erfahren wir, daß dieser Gedanke allerdings bei den zuständigen Ministerien erwogen wird. Ob er durchgeführt wird, dürfte sich erst nach Abschluß der Pariser und Londoner Verhandlungen entscheiden, wenn die finanzielle Lage sich besser übersehen läßt.

Zusammenstöße vor der Kieler Universität.

Vor der Universität Kiel kam es zu Schlägereien zwischen politischen Gegnern. Von sozialdemokratischer Seite waren Flugblätter gegen die Nationalsozialisten vor der Freitreppe der Universität verteilt worden. Nationalsozialistische Studenten versuchten, die Gegner zu vertreiben. Es entwickelte sich eine Schlägerei. Das Ueberfallkommando brachte die Gegner auseinander.

Wieder Feuergefecht in Gelsenkirchen.

In verschiedenen Straßen Gelsenkirchens kam es erneut zu wiederholten Zusammenstößen zwischen der Polizei und Kommunisten. Die Polizei wurde beschossen und erwiderte das Feuer. Von der Polizei wurde eine energische Säuberungsaktion vorgenommen. Einer der Aufrührer erlitt einen Bauchschuß, ein anderer einen Kniescheibenschuß und ein dritter einen Armschuß. Die Verletzungen der beiden ersteren sind lebensgefährlich. Insgesamt wurden in der Nacht 33 Personen festgenommen. Dank dem energischen Vorgehen der von zahlreichen Beamten der Kriminalpolizei unterstützten Schutzpolizei war die Ruhe gegen 1 Uhr vollständig wiederhergestellt. Der bei den Ausschreitungen in Gelsenkirchen entstandene Sachschaden, der durch Zertrümmerung der Schaufenster und vernichtete Dekorationen usw. hervorgerufen ist, ist von den betroffenen Geschäftsinhabern auf insgesamt 21 000 RM angegeben worden.

Tränengasbomben in Koblenz.

In der Kastorstraße in Koblenz, wo schon in den letzten Nächten kommunistische Ausschreitungen stattgefunden hatten, kam es verschiedentlich zu Ansammlungen. Die Polizei riegelte die Straße und die angrenzenden Straßenzüge ab und zerstreute, um Ausschreitungen vorzubeugen, die Zusammenrottungen mit Tränengasbomben.

Auslands-Rundschau.

Montag und Dienstag noch Bankfeiertage in Danzig.

Die noch immer ungeklärte Lage in Deutschland hat den Danziger Senat veranlaßt, die Bankfeiertage auch noch auf Montag und Dienstag auszudehnen, so daß die rechtlichen und wirtschaftlichen Wirkungen der Bankfeiertage noch andauern. Um aber den Geldumlauf allmählich wieder in normale Wege zu leiten, legt die neue Verordnung des Danziger Senats den Banken und Kassen die Verpflichtung auf, ihre Schalter mindestens in der Zeit von 10 bis 13 Uhr geöffnet zu halten und in dieser Zeit zur Aufrechterhaltung des Bank- und Sparkassenverkehrs Aufträge entgegenzunehmen, deren Ausführung keine Verfügung über bestehende Guthaben bedingt.

Neue Schwierigkeiten mit Indien.

Gandhi hat sich von Allahabad nach Simla begeben und wird vom Vizekönig empfangen werden. Von Simla aus hat er seinen Parteifreund, den Pandit Nehru, telegraphisch nach dort beordert, und man nimmt an, daß auch dieser möglicherweise an den Besprechungen, die die Verstöße gegen das Irwin-Gandhi-Abkommen zum Gegenstand haben, teilnehmen wird. Britisch-indische Zeitungen drücken sich über das Ergebnis der bevorstehenden Verhandlungen sehr wenig zuversichtlich aus und meinen, daß man erst mit Sicherheit von einer Teilnahme Gandhis an der englisch-indischen Konferenz in London sprechen könne, wenn er sich an Bord des Dampfers befände und dieser tatsächlich abgefahren sei.

Kapitalflucht-Notverordnung erlassen.

Berlin, 20. Juli.

Die vor einigen Tagen angekündigte Notverordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht ist nunmehr vom Reichspräsidenten von Hindenburg erlassen und sofort in Kraft gesetzt worden. Die neue Notverordnung ist äußerst umfangreich und zerfällt in vier Abschnitte.

Auf Grund dieser Bestimmungen unterliegen alle Steuerpflichtigen, die Gesellschaften sowohl wie die im Inland ansässigen Privatpersonen und die im Ausland ansässigen deutschen Beamten, einer Anmeldepflicht für ausländische Zahlungsmittel und Guthaben in Auslandswährung. Die Anmeldung ist innerhalb einer noch zu bestimmenden Frist bei der Reichsbank vorzunehmen.

Für Personen, die aus dem Ausland zurückkehren, ist eine Frist von mindestens einer Woche nach der Rückkehr vorgesehen. Ausländische Wertpapiere und Forderungen, die mit einer längeren Frist als drei Monate kündbar sind, fallen nicht unter die Anmeldepflicht.

Anzumelden sind jedoch solche ausländischen Wertpapiere, die nach dem 12. Juli 1931 gegen ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen in ausländischer Währung erworben worden sind.

Die Reichsbank oder eine von ihr zu bestimmende Stelle erhält das Recht zum Ankauf der angemeldeten Devisen. Das Recht wird nicht ausgeübt, wenn die Prüfung der Reichsbank ergibt, daß die Auslandswerte zu „volkswirtschaftlich gerechtfertigten Zwecken" gebraucht werden.

Neben der Anzeigepflicht für die oben angeführten kurzfristigen Auslandsforderungen besteht fortan für alle Steuerpflichtigen eine Anzeigepflicht gegenüber den Steuerbehörden. Im Zusammenhang damit und wegen der nachstehend erwähnten Steueramnestie wird die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärung bis zum 31. Juli 1931 verlängert. Wer seine Vermögenserklärung bereits abgegeben, jedoch anzeigepflichtige Werte nicht darin angeführt hat, kann dies nachträglich bis zum 31. Juli 1931 tun.

Verstöße gegen die bisher angeführten Bestimmungen werden mit Gefängnis, mit Geldstrafen in unbeschränkter Höhe und mit der Einziehung der Vermögenswerte bestraft. In besonders schweren Fällen können Zuchthausstrafen bis zu zehn Jahren verhängt werden. Das Urteil kann auf Kosten des Verurteilten öffentlich bekanntgemacht werden.

Steueramnestie

Wer bis zum 31. Juli 1931 Mitteilungen über das Vorhandensein eines bisher verschwiegenen steuerpflichtigen Vermögens oder Einkommens macht, bleibt straffrei; ebenso wird er von der Nachzahlungspflicht befreit. Das Gleiche gilt für bisher verschwiegene Gewerbebeträge.

Die Steueraufsicht wird in verschiedener Beziehung verschärft. Wichtig ist hier vor allem, daß Steuerpflichtige, deren Einkünfte über eine bestimmte, noch festzustellende Summe hinausgehen, zur laufenden Aufzeichnung von Einnahmen und Ausgaben und zur Spezialisierung ihres Vermögens verpflichtet werden können.

Wer von dem Vorhaben oder der Ausführung einer in dieser Verordnung mit Strafe bedrohten Handlung glaubhafte Kenntnis erhält, ist verpflichtet, der Behörde hiervon Anzeige zu erstatten.

Gebühr für Auslandsreisen.

Ab Mittwoch werden bei Fahrten in das Ausland 100 RM erhoben.

Die angekündigte Verordnung des Reichspräsidenten über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen ist nunmehr erschienen und hat folgenden Wortlaut:

§ 1.

Für jede Reise eines Reichsangehörigen, der im Inland seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat, in das Ausland wird eine Gebühr von 100 RM erhoben. Die Gebühr ist vor Antritt der Reise bei der zuständigen Paßbehörde zu entrichten, die die Entrichtung in dem Paß vermerkt. Die Gebühr fließt in die Landeskasse.

Die Vorschriften des Absatzes 1 finden auf den kleinen Grenzverkehr keine Anwendung.

§ 2.

Ein Reichsangehöriger, der ohne den Vermerk aus dem Reichsgebiet ausreist, wird mit Geldstrafe nicht unter 1000 RM oder mit Gefängnis bestraft.

§ 3.

Die Reichsregierung ist ermächtigt, Bestimmungen zur Durchführung dieser Verordnung zu erlassen. Hierbei kann sie die Erhebung der im § 1 bezeichneten Gebühr anderen als den zuständigen Paßbehörden übertragen und in diesen Fällen Zuschläge zu der vorgeschriebenen Gebühr bis zu 100 % vorschreiben.

§ 4.

Diese Verordnung tritt am 22. Juli 1931 in Kraft; sie tritt am 1. Oktober 1931 außer Kraft. Die Reichsregierung ist ermächtigt, die Verordnung zu einem früheren Zeitpunkt außer Kraft zu setzen.

Sogleich nach Veröffentlichung der Verordnung richtete die Industrie- und Handelskammer Stettin ein Telegramm an die Reichsregierung, den Verkehr auf der Ostsee von der Erhebung einer Gebühr auszunehmen. Andernfalls drohe die völlige Lahmlegung des Passagierverkehrs.

Erleichterter Zahlungsverkehr

Wieder freie Abhebungen. — Für Sparkonten bis zu 5 % oder 20 RM, von Bankguthaben bis zu 100 RM.

Berlin, 20. Juli.

In Abwicklung der Bankfeiertage ist nunmehr eine dritte Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs erschienen. Die neuen Bestimmungen sind bereits am heutigen Montag in Kraft getreten und gelten bis Donnerstag einschließlich. Die Verordnung besteht aus sechs Artikeln; am bedeutendsten dürfen ist der Artikel 1, er lautet:

Artikel 1.

§ 1.

„Die Kreditinstitute dürfen an Kontoinhaber Barauszahlungen ohne besondere Zweckbestimmung nicht über 5 % des am 19. Juli 1931 vorhandenen Guthabens, insgesamt aber höchstens 100 RM leisten. Bei Guthaben aus Sparkonten oder Sparbüchern (bei Banken, Sparkassen aller Art und Genossenschaften) beschränkt sich der Betrag auf höchstens 20 RM; die Auszahlung kann vom Nachweis eines Bedürfnisses abhängig gemacht werden.

Auf jeden Kreditbrief, der vor dem 14. Juli 1931 ausgestellt ist, dürfen bis zu 100 RM ausgezahlt werden, wenn der Berechtigte sich außerhalb seines Wohnortes aufhält.

(Unbeschränkte Barauszahlungen sind wie bisher zulässig für Löhne, Steuern usw. und neuerdings auch für Frachtzahlungen.)

§ 2.

Die Annahme von Einzahlungen unterliegt keinen Beschränkungen.

Ueber Guthaben, die nach dem 15. Juli 1931 aus Bareinzahlungen in RM, durch den Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung oder aus Ueberweisungen von Konten, die einer Beschränkung nicht unterliegen, entstanden sind, kann frei verfügt werden. Das gleiche gilt für die nach dem 25. Juni 1931 an die Kreditinstitute überwiesenen Löhne, Gehälter, Ruhegehälter, Versorgungsgebührnisse und ähnliche Bezüge.

Die Sporckschen Jäger

Roman von Richard Stowronnek

Copyright 1931 by Romandienst Digo Berlin N 39

(40. Fortsetzung.)

„Da, Kremzow! Und an wen erinnert Sie der wohl?"

„Herrgott, Herr Hauptmann, doch nicht an unsern alten Gräber? Wie der, auf dem dritten Tagmarsch nach Daressalam, dem Leoparden an den Hals fuhr, der tapfere kleine Kerl. Und wir hatten alle Not, den tiefen Kratzer wieder auszukurieren, den er über den Rücken gekriegt hatte."

„Es ist sein Enkel," sagte der kleine Rabenhainer ernsthaft, setzte den zappelnden Teckel wieder in seinen Korb zurück.

„Das kann ich wohl begreifen," sagte Heinrich Kremzow, „es war eine gute Art. An dem tapfern kleinen Hund konnte sich mancher Mensch ein Beispiel nehmen." Und nach einer Weile fügte er hinzu: „Also, was der Herr Hauptmann vorhin von der Mike Retelsdorf bemerkten, das hatte ich auch geglaubt! Auch mein Mittelsmann, der nach Wittensee kam, um mir die vorzuschlagen. ‚Heinrich', sagte er zu mir, ‚das ist was Besonderes, sauber wie ein neues Linnentuch, und kein Mensch kann ihr was nachsagen'. Da machte ich mich auf den Weg, das reizte mich. Denn der Herr Hauptmann werden wohl wissen, wie das bei uns kleinen Leuten zugeht. Man erkundigt sich vorher, ob auch alles stimmt, ehe man sich auf die Freite begibt!"

„Genau wie der korrekte Herr von Bahlenberg," mußte der kleine Rabenhainer denken, aber er hütete sich, den andern in seiner schwerfällig einhergehenden Rede zu unterbrechen.

Und der lange Heinrich fuhr fort:

„Also man kommt her, es stimmt alles mit dem Vermögen und der Schönheit, nur eines stimmte nicht: Es ist schon ein anderer vorher dagewesen, man ist nicht mehr der erste! Da kriegt man's mit dem kalten Zorn, möchte diesem andern ans Leder, aber es geht nicht. Das Mädel tut einem leid, wie es sich harmt und grämt, und noch etwas kommt hinzu: sie hat Vertrauen zu einem, fragt in ihrer Hilflosigkeit und Verlassenheit um Rat! Fragt gar nicht, wie es unsereinem zumute ist, trampelt einem auf dem Herzen 'rum und will, daß man ihr helfen soll."

Der Hauptmann Rabenhainer mußte sich zum Fenster wenden. Er entsann sich einer ähnlichen Situation vor wenigen Tagen, und es dauerte eine ganze Weile, bis er wieder ruhig sprechen konnte.

„Das ist das erste, was ich über die Mike Retelsdorf höre. Hier in dem kleinen Nest hockt man nahe beieinander, und ich hab' mir immer erzählen lassen, sie wär' anders als die jungen Mädels im Städtchen."

Heinrich Kremzow zerdrückte die ausgegangene Zigarre zwischen den groben Fingern.

„Anders wohl, Herr Hauptmann, aber ich weiß nicht, ob besser. Vielleicht nur heimlicher, oder mehr die Mutter, denn die hat immer ängstlich gesorgt, daß die Tochter vor den Leuten nicht ins Gerede kommt."

„So, so," sagte der kleine Rabenhainer, „das muß ja ein ausgemachter Hundsfott sein, der so ein liebes Mädel an der Nase herumführt!"

Heinrich Kremzow stand auf, stützte sich schwer auf den Tisch.

„Dieser Hundsfott dient in Ihrer Kompagnie, Herr Hauptmann. Es ist der Leutnant Hans von Naugaard!" ....

Der kleine Rabenhainer fuhr auf, seine stahlblauen Augen wurden dunkel vor jäh aufsteigendem Zorn.

„Kremzow, Sie haben viel bei mir zugute, aber wahren Sie Ihre Zunge! Sie sprechen von einem Offizier des Bataillons Sporck!"

„Wohl, wohl," erwiderte der andere, „von dem Herrn Leutnant von Naugaard. Aber wie würden Herr Hauptmann sonst einen Menschen bezeichnen, der sich mit einem anständigen Mädel fast zwei Jahre lang herumzieht, allerhand Hoffnungen aufwuchern läßt, sozusagen, und sich nachher nicht mehr zu erkennen gibt? Wo die Deern ihr eigenes Leben eingesetzt hat, um ihn vor dem Verdacht wegen dem Wilddieben zu bewahren? ... Während die Herrn Leutnants alle drüben in Rohnstein zu Besuch waren, ist sie hingegangen, hat dem Herrn Forstmeister seinen besten Hirschbullen totgeschossen."

„Sie sind verrückt, Kremzow," sagte der Hauptmann Rabenhainer, griff mit unruhiger Hand nach einer neuen Zigarette. „Oder das Mädel wollte sich vielleicht vor Ihnen ein bißchen interessant machen!"

Der andere aber drüben auf dem Sofa schüttelte den harten Langschädel mit dem kurzgeschnittenen weißblonden Haar.

„Herr Hauptmann sprachen vorhin von den engen Verhältnissen im Städtchen, im Lenzburger Fischerhof geht's noch enger zu. Nur nach außen hin halten die alten Fischerknechte zusammen, lassen sich lieber die Zähne ausbrechen, ehe sie zu 'nem Fremden ein Wort über die Herrentochter sprechen. Aber mit mir ist das was anderes, ich bin doch ‚Couleur' mit ihnen. Und vielleicht haben sie Milleid mit mir, weil ich's gar zu deutlich gezeigt hab', wie es in mir aussieht wegen der braunen Mike. Das übrige aber hat mir die Deern selbst erzählt in ihrer Angst und Ratlosigkeit. Der Herr von Naugaard hat immer die Hirsche totgeschossen, die Geweihe aber hat sie in 'ner Garnkiste verpackt und am andern Tage in seine Heimat geschickt."

„Es ist gut," sagte der kleine Rabenhainer, „und ich nehme von Ihrer Anzeige Kenntnis, Herr Kremzow. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie Ihre Aussagen werden beschwören müssen."

Da kam es aus der breiten Brust da drüben wie ein dumpfes Grollen, eine grobe Faust fiel schwer auf den Tisch, daß Flasche und Gläser klirrten.

„Mit Verguns, Herr Hauptmann, ich bin kein Denunziant. Mir geht's nur um das Mädel und Sie! Weil ich immer gehört hab', ein Kompagniechef muß seinen Dienst aufgeben wenn einer von seinen Herren Leutnants sich als ein heimlicher Verbrecher erweist, und er hat nichts davon gemerkt."

„Na also los, sprechen Sie," sagte der kleine Rabenhainer, und der lange Heinrich entschuldigte sich erst wegen seines ungebührlichen Aufbegehrens, ehe er mit seinem Berichte begann.

„Das hab' ich Herrn Hauptmann schon erzählt, daß der Herr Leutnant Naugaard der Mike den Abschied gegeben hat. Da ist nun die dicke Retelsdorfin hergekommen, sie würde ihn schon zur Räson bringen, und sie hat leider das Schreiben gelernt."

(Fortsetzung folgt.)

§ 3.

1. Ueberweisungen sind unbeschränkt zulässig: soweit sie erforderlich sind, um die in § 1 Absatz 2 zugelassenen Barauszahlungen zu ermöglichen, soweit sie sich innerhalb desselben Instituts vollziehen, soweit dadurch Zahlungen zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bewirkt werden, soweit Leistungen an einen Versicherungsträger zur Erfüllung einer Beitragspflicht bewirkt werden, aus Guthaben, über die gemäß § 2 Absatz 2 frei verfügt werden kann.

2. Zwischen allen von den Bankfeiertagen betroffenen Kreditinstituten insgesamt bis zur Höhe der Hälfte des jeweiligen Guthabens des Auftraggebers und höchstens bis insgesamt 2000 RM und nur auf ein bereits bestehendes Konto eines Dritten bei einem von den Bankfeiertagen betroffenen Institut."

Artikel 2

bestimmt: „Bei Wechseln, deren Fälligkeitstag in der Zeit von Sonnabend, den 11., bis Sonnabend, den 18. Juli 1931 einschließlich liegt, kann die Erhebung des Protestes nicht am Montag, den 20., und Dienstag, den 21. Juli 1931, darf jedoch noch in der Zeit von Mittwoch, den 22. Juli, bis Freitag, den 24. Juli 1931 einschließlich geschehen. Bei Wechseln, deren Fälligkeitstag in der Zeit von Sonntag, den 19., bis Donnerstag, den 23. Juli 1931 einschließlich liegt, kann die Erhebung des Protestes nicht vor dem dritten Werktage und darf noch am vierten und fünften Werktage nach dem Zahlungstage geschehen."

Die übrigen Artikel regeln in der Hauptsache banktechnische Fragen und sehen ferner besondere Strafbestimmungen für Vergehen im Scheckverkehr vor. Von allgemeiner Bedeutung ist noch der Artikel 4, wonach die Reichspost, die Reichsbank und die Deutsche Golddiskontbank hinsichtlich des Zahlungsverkehrs keinen Einschränkungen unterliegen. Das bedeutet, daß die Postscheckämter wie bisher so auch in Zukunft voll auszahlen.

Amerika gegen Zollverpfändung.

Eindeutige Stellungnahme der Regierung.

Washington, 20. Juli.

Unterstaatssekretär Castle erklärte in Washington, Amerika erhoffe von der Londoner Konferenz ein Kompromiß

Das Wort Kompromiß bedeute aber durchaus nicht die Annahme auch nur eines Teil der gegenwärtigen französischen Bedingungen, im Gegenteil: Man hoffe, daß sich ein besserer Plan zur Sicherung der Deutschland zu gewährenden Anleihe finden lassen werde. So beispielsweise die Bevorzugung dieser Anleihe gegenüber den nicht im Privatbesitz befindlichen Reparationsteilen oder ähnliches. Eine Verpfändung der Zolleinnahmen käme nicht in Frage.

Offiziell dementiert wurde auch eine Meldung, daß Hoover Stimson angewiesen habe, sich an einer Beratung politischer Fragen nicht zu beteiligen.

Landgericht in Flammen.

Blitz jetzt Dachgeschoß in Brand.

Stargard, 19. Juli.

Hier ging ein schweres Gewitter nieder. Dabei schlug der Blitz in das Amts- und Landgerichtsgebäude ein. Das Dachgeschoß stand alsbald in hellen Flammen. Der Brand war so stark, daß Reichswehr zur Unterstützung der Feuerwehr hinzugezogen werden mußte. Durch das Feuer ist erheblicher Schaden angerichtet worden. Nachdem die Flammen das Dachgeschoß vernichtet hatten, griffen sie auch auf den Hauptflügel des Gebäudes über. Der große Schwurgerichtssaal ist ebenfalls vollkommen zerstört worden. Die gesamten mittleren Räume des Hauptflügels haben durch Wasserschäden erheblich gelitten. Bei den vernichteten Akten handelt es sich in der Hauptsache um Papiere, die nicht mehr gebraucht werden. Durch herabstürzende Balken wurden einige Feuerwehrleute und Reichswehrsoldaten leicht verletzt. In den Abendstunden war das Feuer gelöscht.

Professor Hendrich tödlich verunglückt.

Schreiberhau, 20. Juli. Der Ehrenbürger der Gemeinde Schreiberhau, der bekannte Maler-Professor Hermann Hendrich, wurde beim Ueberschreiten eines Bahnübergangs vom Zuge erfaßt, zur Seite geschleudert und so schwer verletzt, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Professor Hendrich hat ein Alter von 77 Jahren erreicht.

Handelsvertrag mit Ungarn.

Genf, 20. Juli. Die in Berlin begonnenen und seit Ende Juni in Genf fortgeführten deutsch-ungarischen Wirtschaftsverhandlungen sind mit der Unterzeichnung des Handelsvertrages zum Abschluß gekommen.

Eisbrecher „Malygin" zur Polarfahrt ausgelaufen.

— Moskau, 20. Juli. Der Eisbrecher „Malygin" hat seine Fahrt in die Arktis angetreten. Der Eisbrecher trägt 12 000 Briefe mit sich, die dem „Graf Zeppelin" in der Polarzone übergeben werden sollen.

Zur Lage.

Paris und London.

Wie sich die Unterhandlungen in Paris gestaltet haben, ist zunächst nicht feststellbar. Auf französischer Seite war wohl unverkennbar der Wunsch vorhanden, die deutschen Minister auf bestimmte Bedingungen festzulegen und gewisse Voraussetzungen für die Londoner Konferenz zu schaffen. Wie weit dieses geschehen ist, geht aus keiner Veröffentlichung hervor. Das amtliche Communiqué ist ganz allgemein gehalten und betont den beiderseitigen guten Willen, einen Ausweg zu finden. Offenbar ist es auch in politischer Hinsicht nur zu einer losen grundsätzlichen Aussprache gekommen. Bemerkenswert ist eine Meldung des „Daily Herold", des Blattes Hendersons, wonach sich Frankreich und Deutschland darüber einig geworden seien, für 5 Jahre, anstelle der von Frankreich geforderten 10 Jahre, die Revisionspolitik der Verträge ruhen zu lassen. Es wird angenommen, daß es sich bei dieser Meldung um einen Versuchsballon handelt. Eine Forderung in dieser Form ist für eine deutsche Regierung völlig undiskutabel. Zweifellos dürfte sein, daß die Franzosen in London versuchen werden, ihre Erpresserpolitik in dieser Richtung fortzusetzen. Die Kräfteverteilung ist fraglich, da England möglicherweise die Politik Frankreichs unterstützen wird.

Die Reise der deutschen und französischen Delegation erfolgte im gleichen Zuge. Der englische Ministerpräsident und der Außenminister empfingen die Konferenzteilnehmer am Bahnhof. Die Besprechungen begannen um 18,30 im Parlamentsgebäude.

Die „Oberschlesische Tageszeitung" verboten.

Oppeln. Die hiesige „Oberschlesische Tageszeitung" ist auf vier Wochen verboten worden. Den Anlaß zu dem Verbot hat, wie wir hören, ein Aufsatz in einer der letzten Nummern der Zeitung gegeben, in welchem die Vertrauenskrise, welche die Finanzlage katastrophal verschärft habe, als zwangsläufige Folge der Brüning'schen Politik bezeichnet wird.

Vom Osteuropa-Institut Breslau.

Das im Jahre 1918 gegründete Osteuropa-Institut hat durch die politische Entwicklung ganz erheblich an Bedeutung gewonnen, sodaß sich die anfängliche Organisation des Instituts als unzulänglich erwies. Die Räte-Union in ihrer gewaltigen Ausdehnung, der Bolschewismus in seiner Bedeutung für Kultur und Wirtschaft, die Notwendigkeit für Deutschland sich infolge der neuen Grenzen mit den Staaten Osteuropas mehr als bisher zu beschäftigen, sind Arbeitsgebiete, deren wissenschaftliche Erforschung sich das Osteuropa-Institut intensiv widmen muß. Es ist und bleibt eine freie Körperschaft, die ihren wissenschaftlichen Aufgaben in voller Unabhängigkeit nachgeht. Die Finanzierung erfolgte bisher in der Hauptsache durch private Zuwendungen. Die wirtschaftliche Depression ließ diese Quellen zum großen Teil versiegen. Vor einiger Zeit hat sich der Preußische Staat entschlossen, einen großen Teil dieser Ausfälle zu decken und erwartet nun auch begreiflicherweise einen stärkeren Einfluß. Diesem ist in der Hauptsache dadurch Rechnung getragen, daß die Direktoren des Instituts vom Preußischen Minister für Wissenschaft und Volksbildung ernannt werden, jedoch nur auf Vorschlag des Instituts. Nach der Reorganisation sieht die Leitung des Instituts folgendermaßen aus: ein Kuratorium und zwei Direktoren. Dem Kuratorium gehören an je ein Vertreter des Preußischen Kultusministeriums, des Reichsinnenministeriums und der beteiligten schlesischen öffentlichen Körperschaften, die Rektoren der Universität und Technischen Hochschulen, die Direktoren des Instituts und einige gewählte Mitglieder aus dem Kreise der Förderer und wissenschaftlichen Mitarbeiter. Zum Vorsitzenden wurde Bankdirektor Dr. Theusner, zu seinem Stellvertreter Stadtkämmerer Dr. Friedel gewählt. Zu Direktoren sind ernannt die Professoren Dr. Auhagen und Dr. Hesse. Die Rechtsabteilung leitet Prof. Dr. Schöndorf, die kulturwissenschaftliche Abtlg. Prof. Dr. Haase und Prof. Laubert, die landeskundlich-naturwissenschaftliche Abtlg. Prof. Dr. Friedrichsen und Prof. Dr. Beberke.

Ein Aufruf Hugenbergs.

Geheimrat Hugenberg wendet sich mit folgenden Ausführungen an die Oeffentlichkeit:

In einem Augenblick, in dem die Herzen überall im Lande zittern, muß ich ein Wort des Glaubens und der Zuversicht sprechen. Ihr lieben deutschen Landsleute richtet Eure Herzen auf. Es ist nicht Matthäi am letzten, nicht Weltuntergang und Jüngstes Gericht, sondern ein Schimmer von Auferstehung des Volkes. Jetzt ist ja nur gekommen, was wir immer und immer wieder als unvermeidlich hingestellt haben — die Krise — das, was wir als die Voraussetzung der Gesundung bezeichnet haben, und was all die schuldigen Regierungen glaubten durch Kopf-in-den-Sand-stecken vermeiden zu können.

Jetzt ist es dahin gekommen, daß die Reparationszahlungen und der zum Teil aus politischen Gründen erfolgende Abzug der kurzfristigen Kredite, mit dem eine kurzsichtige Politik Deutschland hat verschulden lassen, die Wirtschaft blutleer macht. Daß die Krise so schlimm und so gefährlich geworden ist — das ist die Schuld der Sozialdemokratie und ihrer Mitläufer, das ist die Schuld der zaudernden Regierungen. Aber die Krise an sich war nach allem, was vorausgegangen war, nicht zu vermeiden. Wir haben gewarnt vor dem Young-Plan, diesem furchtbaren Erzeugnis der Angst vor der Krise — wir haben nachher gemahnt, sich innerlich auf die Young-Plan-Krise vorzubereiten — jedesmal hat man uns entweder verlacht oder als Landesverräter beschimpft. Nun liegt die ganze Unklugheit der Politik der letzten zwölf Jahre wie ein Schachbrett klar vor den Augen eines jeden, der sehen will. Die Träger dieser Politik sind widerlegt wie nie ein Staatsmann in der Geschichte. In diesem Augenblick sollten wir den Kopf verlieren? Oder den Mut? In diesem Augenblick sollte unser armes und liebes Volk in Verzweiflung verfallen? Warum denn? Es hat sich eine Entwicklung vollzogen, die wie ein mathematisches Gesetz seit Jahren vor unseren Augen lag — es ist schließlich trotz allen Selbstbetruges der bisherigen Führer gekommen, was als Frucht „der Krankheit Sozialdemokratie" kommen mußte. Die Linien der Entwicklung liegen deutlich vor unseren Augen. Und nunmehr führen sie über Schmerz und Not und heroischen Willen wieder nach oben. Nun ist die Voraussetzung der Wendung da — wenn wir wollen — wenn das Volk will. Wenn wir uns von den Führern abkehren, die nichts gesehen und gekonnt haben, wenn wir uns von dem Wahne der Sozialdemokratie freimachen. Die sogenannten „Katastrophenpolitiker" werden nun vielleicht „Silberstreifenpolitiker". Nun kommt die große und fruchtbare Arbeit gottgesegneten Neubaues. Sie kann nur den Händen der Sehenden, nicht der Blinden liegen. Sie muß in Liebe zu dem gesamten Volke verrichtet werden.

Aber alles wäre hoffnungslos, wenn jetzt nicht diejenigen zurücktäten, die als Führer versagt haben. Reparationsfrage, Young-Vertrag, Währungkrise, Kreditkrach — das sind nur alles Dinge, über die derjenige in seinen Gedanken schon hinweg ist, der in den abrollenden Ereignissen die Gesetze und psychologische Notwendigkeit menschlichen Geschehens erkennt. Die Reparationen sind als Weltunsinn durchschaut und gegenüber einem klaren deutschen Willen nicht mehr haltbar. Aber im Herbst werden wir auf 6 Millionen Arbeitslose kommen, wenn es so weitergeht — oder mehr. Das richtet das Volk zugrunde. Das bringt den Bolschewismus. Das kostet im Jahre weit über 6 Milliarden. Welch ein Wahnsinn, daß es bei uns und in der Welt so weit kommen durfte! Welche blinde Verkennung der einfachsten und natürlichsten wirtschaftlichen Tatsachen und Notwendigkeiten! Welche Begriffsverwirrung einer ganzen Welt, entsprungen aus marxistischen deutschen Köpfen. Dies Uebel sollte nicht heilbar sein? Jede Million weniger Arbeitslose ergibt unmittelbar eine Milliarde und unmittelbar sage eine oder zwei weitere Milliarden Verbesserung der Wirtschaftsrechnung einschließlich Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen. Aber das Werk dieser Wendung vermag nach unerbittlichen Gesetzen nur die nationale Rechte zu vollbringen, nur Köpfe, die — gegen den Marxismus immer und auch nicht durch kapitalistische Augenblicksexempel verblendet — aus gegebenen Bausteinen neue wirtschaftliche Ordnungen zusammenfügen können, die gleichermaßen der Vernunft und der Sehnsucht des schaffenden Volkes Genüge leisten. Klare Rechtsregierung oder Bolschewismus — das sage ich heute mit derselben Sicherheit, mit der die Rechte seinerzeit dem Younplan beurteilt hat. Dies Entweder — Oder ist bei der heutigen Geistesbeschaffenheit des deutschen Volkes einfach eine psychologische Tatsache.

Hugenberg.

Protest der Kriegsopfer.

Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener, Sitz Berlin NO 18, schreibt uns:

Die kürzlich erlassene Notverordnung vom 5. Juni d. J. bringt für fast alle Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen eine erhebliche Kürzung ihrer Versorgungsbezüge, besonders für jene, die in den unteren Ortsklassen wohnen und für die im öffentlichen Dienste stehenden Kriegsbeschädigten. Letzteren bleiben in der Regel nur noch drei Zehntel der normalen Bezüge. An ihren an sich schon immer karg bemessenen Renten werden, je nach Lage des Falles, 20 bis 80 Mark gekürzt. So verbleiben beispielsweise den Bein- und Armamputierten, den Hirnverletzten, den schwer Lungenkranken usw. nur noch Monatsentschädigungen von 20 bis 35 RM., daneben wird diesen Kriegsdienstbeschädigten aber auch noch ihr Gehalt wie jedem Gesunden gekürzt. Bei den Kriegsbeschädigten der mittleren Gruppen im öffentlichen Dienste beträgt die Kürzung der Rente und des Gehaltes monatlich bis zu 100 RM. Ungeheuer groß ist daher die Erbitterung und Erregung unter den Kriegsopfern, denen nun der sprichwörtliche Dank des Vaterlandes auf diese Weise abgestattet wird.

Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener hat sofort nach dem Erscheinen der Notverordnung an die Reichsregierung das dringende Ersuchen gerichtet, diese ungerechten neuen Vorschriften rückgängig zu machen, und er hat alle Stellen, die in dieser Hinsicht einen Einfluß ausüben können, um Hilfe und Unterstützung für die deutschen Kriegsopfer gebeten. Inzwischen hat der Zentralverband zahlreiche neue Schritte um Milderung und Rückgängigmachung der Notverordnung unternommen. Der Zentralverband bittet alle rechtlich denkenden Deutschen, ihn in seinem Kampfe für Recht und Gerechtigkeit mit allen zweckdienlichen Mitteln zu unterstützen. Das deutsche Volk muß sich seiner zwei Millionen Toten, der hunderttausende Kriegerhinterbliebenen und der weit über achthunderttausend noch in der Versorgung befindlichen Verstümmelten und Siechen würdig zeigen. Auf die im deutschen Volke vorhandenen sittlichen und moralischen Kräfte setzen die deutschen Kriegsopfer in dieser Zeit der Bedrängnis all ihre Hoffnung.

Volksentscheid — Kampfeszeit!

Preußen, zeichnet alle ein!
Nunmehr heißt es einig sein!
Nur ein Wille kann befreien
Von dem Terror der Parteien.
Wilson, Chequers, Völkerplan
Scheinen gut, doch leerer Wahn;
Selbst der edle Hoover, wißt,
Bietet eine Henkersfrist.
Einzig: „Stahlhelm-Volksentscheid"
Bringt die Tat, die uns befreit.

Freifrau Mth. v. Buddenbrock,
Landesführerin des Königin-Luise-Bundes.

2 Ratschläge

für die Schönheitspflege auf der Reise

1. Zur natürlichen Bräunung der Haut setze man vor und nach der Besonnung die Haut, insbesondere Gesicht und Hände mit Creme Leodor gründlich ein; man erzielt dann ohne schmerzhafte Rötung eine gesunde, sonnengebräunte Hautfärbung. Creme Leodor — fettfrei in roter Packung; fetthaltig in blauer Packung — Tube 60 Pf. und 1 Mk., Leodor-Edelseife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

2. Zur Erlangung schöner weißer Zähne putze man früh und abends die Zähne mit der herrlich erfrischenden Zahnpaste Chlorodont, die auch an den Seitenflächen, mit Hilfe der Chlorodont-Zahnbürste einen elfenbeinartigen Glanz erzeugt. — Chlorodont-Zahnpaste, Tube 54 Pf. und 90 Pf., Chlorodont-Zahnbürste 1 Mk., Kinderbürste 60 Pf., Chlorodont-Mundwasser 1 Mk.

Lokales.

Namslau, den 21. Juli 1931

= **Volksentscheidkundgebung des Stahlhelms.** Der Grenzgau Mittelschlesien des Stahlhelms veranstaltet am Dienstag, den 4. August, 20,30 Uhr, im Breslauer Konzerthaus eine große Kundgebung für den Volksentscheid, in der der Landesführer des schlesischen Stahlhelms, Oberst a. D. v. Markłowski, sprechen wird.

= **Konkursantrag gegen Nordwolle.** Von einem Gläubiger ist beim Bremer Amtsgericht Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gegen die Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei gestellt worden.

= **Eine allgemeine Hundeausstellung in Breslau.** Am 16. August findet im Friebeberg die 10. allgemeine Ausstellung von Hunden aller Rassen, veranstaltet vom Verein der Hundefreunde E. V. (Sitz Breslau), unter Kartellregeln statt. Schon jetzt liegen Meldungen aus ganz Deutschland bezw. Anfragen der angrenzenden Staaten vor, so daß mit einer zahlreichen Beschickung zu rechnen ist.

= **Bekämpfung der Ulmenkrankheit.** Der Regierungspräsident zu Breslau hat unter dem 7. Juli eine Verordnung zur Bekämpfung der Ulmenkrankheit erlassen, die bis zum 1. Juli 1945 gelten soll. Wenn bei Ulmen verdächtige Anzeichen der sogenannten Ulmenkrankheit (Graphium ulmi), insbesondere plötzliches Vergilben oder plötzliches Welken des Laubes entweder am ganzen Baume oder an einzelnen Zweigen auftreten, so hat der Besitzer binnen einer Woche dem Landrat, in den Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde, hiervon Anzeige zu erstatten. Die Polizeibehörde hat die Untersuchung der Ulmen durch die Hauptstelle oder die Bezirksstelle für Pflanzenschutz zu veranlassen. Werden bei der Untersuchung kranke Bäume festgestellt, so hat der Besitzer nach näherer Anordnung der Polizeibehörde auf Grund des Gutachtens der untersuchenden Pflanzenschutzstelle die erkrankten Bäume je nach dem Grade der Erkrankung entweder zurückzuschneiden oder zu fällen. Bei Rückschnitt sind die Schnittflächen mit Steinkohlenteer zu überstreichen. Die abgeschnittenen Zweige sind zu verbrennen; ein gefällter Baum ist zu entrinden und die Rinde samt dem gesamten kranken Gezweig zu verbrennen. Der Baum ist alsdann möglichst bald zu Werk- oder Brennholz zu verarbeiten. Der Stumpf ist auszuroden. Falls dies untunlich sein sollte, ist seine Schnittfläche mit Teer oder Karbolineum zu überstreichen. Späterer Stockausschlag ist alljährlich zu entfernen. Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM. oder mit Haft bestraft, sofern nicht schärfere Strafbestimmungen anzuwenden sind.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag: 12,35: Die Lehrerinnen der landwirtschaftlichen Haushaltungskunde und ihre Berufsorganisation. 15,25: Schlesische Industriebetriebe. 15,45: Das Buch des Tages. 16,00: Unterhaltungskonzert auf Schallplatten. 17,15: Mozart als Geiger. 17,35: Das wird Sie interessieren! 17,55: Meine letzte Südseereise. 18,20: Gehört der Angestellte zum Mittelstand? 19,15: Wettervorhersage; anschließend: Neue Kindermusik. 20,00: Wettreisereporter erzählen! 20,30: Wir haben keine Zeit! 21,30: Flötenkonzert. 22,10: Zeit, Wetter, Presse, Sport. 22,35: Schlesischer Verkehrsverband, Rund um Altheide, Reinerz, Kudowa. 22,45: Tanzmusik. 0,30: Funkstille.

Produktenmarktbericht.

Amtliche Notierungen der Breslauer Produktenbörse vom 20. Juli 1931. An der Börse im Großhandel gezahlten Preise für volle Wagenladungen, in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis).

Tägliche amtliche Notierungen.

Getreide.	20.	17.
Weizen (schlesischer)		
Hektolitergewicht von 74 kg Durchschnitts-Qual. gesund und trocken	255.00	255.00
Hektolitergewicht von 76 kg gut, gesund u. trocken	258.00	258.00
Hektolitergewicht von 72 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar.	250.00	250.00
Sommerweizen hart, glasig, 80 kg	—.—	—.—
Roggen (schlesischer)		
Hektolitergewicht von 70,5 kg Durchschnitts-Qual. gesund und trocken	190.00	190.00
Hektolitergewicht von 72,5 kg gut, gesund u. trocken	—.—	—.—
Hektolitergewicht von 68,5 kg trocken für Müllereizwecke verwendbar.	185.00	185.00
Hafer, mittlere Art und Güte	185.00	185.00
Braugerste, feinste	—.—	—.—
„ gute	—.—	—.—
Sommergerste, mittlerer Art und Güte	—.—	—.—
Wintergerste 63—64 kg „ „ „ „	158.00	158.00

Tendenz: Weiter abwartend.

Eingesandt.

Für Veröffentlichung unter dieser Rubrik lehnt die Schriftleitung jede Verantwortung ab.

Hausbesitzern zur Kenntnis?

Betr. Angebot von Hypothekengeldern durch einen Herrn Dr. Löffler—Freiburg (Br.).

Von einem Herrn Dr. Löffler—Freiburg (Br.) werden den Mitgliedern der Haus- und Grundbesitzervereine Zirkulare übersandt, welche Angebote von Hypotheken enthalten und zwar mit Bedingungen, die zur größten Vorsicht mahnen.

Zu besonderen Bedenken gibt Anlaß die dem Geldnehmer auferlegte Verpflichtung, nach Stellung eines Antrages einen Betrag von 1% des Schätzungswertes des zu belastenden Objekts auf Anweisung eines ausländischen Notars zu deponieren. Herr Dr. Löffler soll bereits derartige Zirkulare versandt haben. Ich warne die Mitglieder unseres Vereins. — Sollten den Mitgliedern des Namslauer Haus- und Grundbesitzer-Vereins solche Angebote gemacht worden sein, bittet der Vorstand dem Unterzeichneten Kenntnis zu geben. Hosemann.

Freundlich möbliertes

Zimmer

mit separ. Eingang, im Zentrum der Stadt

zu vermieten.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Stadtblattes.

Motoren- u. Autoöl
Veloxol, Gargoeyle
Castrol, Shell-Oele

zu Original-Fabrikpreisen

Wagen- und Maschinenfett

Oscar Tietze

Germania-Drogerie.

Inserieren bringt Gewinn!

Nachruf!

Am 18. d. Mts. verschied der **Kreistagsabgeordnete**

Herr Kürschnermeister

Franz Slanina

in **Namslau.**

Der Verstorbene, dessen Heimgang wir betrauern, hat sich durch langjährige Tätigkeit in verschiedenen Ehrenämtern der Kreisverwaltung, insbesondere als Kreistagsabgeordneter und als Mitglied des Vorstandes der Kreissparkasse um das Gemeinwohl große Verdienste erworben. Durch seine hilfsbereite uneigennützige Art und sein charaktervolles Wesen hat er sich in den Herzen aller, die ihn kannten, ein bleibendes Denkmal gesetzt.

Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten werden.

Namslau, den 20. Juli 1931.

Namens des Kreistages und Kreisausschusses.

Danckelmann
Landrat.

Auslegung
der Stimmlisten für den Volksentscheid „Landtagsauflösung".

Die Stimmlisten liegen in der Zeit **vom 24. Juli bis 3. August 1931** im Rathaus, Zimmer 5, und zwar täglich von 8 bis 13 Uhr und 15 bis 18½ Uhr — Sonnabend nur von 8 bis 13 Uhr und Sonntag nur von 11 bis 12 Uhr — zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Wer die Stimmlisten für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist beim Magistrat schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen.

Namslau, den 20. Juli 1931.

Der Magistrat.
Dr. Lober.

Einladung
zur ordentlichen
General-Versammlung
am 29. Juli 1931, abends 8 Uhr
in Grimm's Hotel.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichts, der Jahresrechnung und der Bilanz.
2. Beschlußfassung über Genehmigung der Bilanz, der Jahresrechnung und über die Verwendung des Reingewinnes.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Wahl der statutengemäß ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder.
5. Kenntnisnahme des Revisions-Berichts des Revisors Herrn L. Becker vom Edeka-Verband Berlin.
6. Verschiedenes.

Der Jahresbericht, die Bilanz und Jahresrechnung liegen von heut ab in der Geschäftsstelle aus.

Namslau, den 20. Juli 1931.

Edeka-Großhandel e. G. m. b. H. Namslau

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates
Tietze.

Sämtlicher Gärbedarf

wie

Vierka-Trocken-Weinhefen
Gärflaschen und Gärverschlüsse
Korke, Abziehschläuche.

Beratung in allen Fragen der Hausweinbereitung.

Oscar Tietze, Germania-Drogerie.

Zwangsversteigerung.

Mittwoch, den 22. Juli 1931
vormittags 9½ Uhr
werde ich in **Erbenfeld** (Bieterversammlung Gasthaus)
2 Ferkel
zwangsweise versteigern.

Reimann
Obergerichtsvollzieher
in Namslau.

Junger

Arbeitsbursche

kann sich sofort melden.

Schwitalla
Altwarengeschäft.

Jüngeren tüchtigen

Gesellen

und einen

Lehrling

stellt sofort ein

Klempnermeister **Pospiech**
Schwirz.

Polizeiliche

An-, Ab- und Ummeldeformulare

zu haben

Namslauer Druckerei-Gesellschaft m. b. H.

Wir drucken alles

Formulare
Briefumschläge
Prospekte / Plakate
Briefbogen / Postkarten
Rechnungen / Lohnlisten
Familien-Drucksachen jeder Art
Adresskarten / Lieferscheine
Quittungen / Zahlkarten
Vereinsdrucksachen
Rabattmarken
usw. usw.

Namslauer Druckerei-Gesellschaft

Fernruf 94 **m. b. H.** **Fernruf 94**

Andreas-Kirchstraße Nr. 18.

Der Briefträger

fragt nur noch bis zum 23. Juli

ob Sie unsere Zeitung auch für den Monat August 1931 weiter beziehen wollen. Versäumen Sie die Bestellung nicht, denn nach dem 25. Juli verlangt die Post eine Sondergebühr von 20 Pfg.